

## Übersicht

über die gefassten Beschlüsse in der 15. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 06.07.2017:

TO.-Punkt	Beratungsgegenstand	Beschluss-Nr./Ergebnis	Abstimmungsergebnis
	<b>Öffentlicher Teil</b>		
1.	Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017	Anerkannt	
2.	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien		
2.1.	Nachwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	301/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
2.2.	Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	302/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 10
2.3.	Neubildung der Beiräte bei den Justizvollzugsanstalten Rheinbach und Siegburg hier: Benennung geeigneter Personen durch den Kreistag	303/17 Zustimmung bei JVA Rheinbach	einstimmig, Seite 11
		304/17 Zustimmung Vertagung bei JVA Siegburg	einstimmig, Seite 12
2.4.	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 14.06.2017: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	305/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 12
2.5.	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2017: Umbesetzung von Ausschüssen	306/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 13
3.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 24.05.2017: Resolution zur Entwicklung der Voreifelbahn (S 23)	307/17 Zustimmung	einstimmig, E. AfD, Seite 13
4.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 28.05.2017: Sozialfond statt Motivationsmassagen	308/17 Ablehnung	MB ./ LINKE, FUW/Piraten, 1 SPD, Abg. Meise, E. 1 Grüne, Seite 14
5.	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.06.2017: Einbau von Induktionsschleifen für Gehörlose in die Immobilien des Rhein-Sieg-Kreises	von der TO abgesetzt	
6.	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 20.06.2017: Erlassen der Untersuchungsgebühr für die Trichinenbeschau bei Frischlingen	309/17 Zustimmung	MB./ 1 AfD, E. 2 AfD, Abg. Meise, Seite 17

7.	Katzenschutzverordnung	310/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
8.	Beitritt des Kreises Ahrweiler zum Zweckverband "Rheinische Entsorgungskooperation" (REK)	311/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 18
9.	REGIONALE 2025 "Das Bergische Rheinland"	312/17 Zustimmung	einstimmig, 1 E. AfD Seite 18
10.	Angebotsverbesserungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017	313/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 20
11.	Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der Offenen Ganztagschule der Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung und der Förderschulen für Sprache des Rhein-Sieg-Kreises	314/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
12.	Gründung der Stadtwerke Bonn Bad GmbH	315/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
13.	5. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	316/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 21
13.1.	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis, hier: Beschlussfassung der neuen Gebührensatzung	317/17 Zustimmung	MB./ AfD, Seite 23
14.	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	318/17 Zustimmung	einstimmig, E. Abg. Meise, Seite 23
15.	Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der mit Wirkung zum 01. Januar 2017 in Kraft tretenden rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit der Bezeichnung „d-NRW AöR“	319/17 Zustimmung	MB ./ LINKE, FUW/Piraten, Seite 23
16.	Entwurf für einen Neubau eines Jugendhilfezentrums (JHZ) und einer Erziehungs- und Familienberatungsstelle (EB) in Eitorf: Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise	320/17 Zustimmung	MB ./ AfD, Abg. Meise, E. FDP, Seite 24
17.	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	321/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 25
18.	Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises	322/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 26
18.1.	Ausschreibung einer Dezernatsleitung	Kenntnisnahme	
19.	Bericht des Landrates gemäß § 4 des Gleichstellungsplanes; Berichtszeitraum: 01.01.2016 bis 31.12.2016		
20.	Mitteilungen und Anfragen		

<b>Nichtöffentlicher Teil</b>			
21.	Rückübernahme der technischen Betreuung der Arbeitsplätze in der Personalabteilung (11.1) sowie des Straßenverkehrsamtes (36) und des Amtes für Katasterwesen und Geoinformation (62) durch 10.2	323/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 27
22.	Externe Rotation von Wirtschaftsprüfern und Wirtschaftsprüfungsgesellschaften für die Prüfung der Jahres- und Gesamtabschlüsse des Rhein-Sieg-Kreises	324/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 28
23.	Kauf von zwei Teilflächen aus einem Grundstück in Much und Errichtung eines Schmutzwasserkanals zum Bau einer kreiseigenen Rettungswache in Much	325/17 Zustimmung	einstimmig, Seite 28
24.	Mitteilungen und Anfragen		

## Niederschrift

über die gefassten Beschlüsse in der 15. Sitzung des Kreistages des Rhein-Sieg-Kreises am 06.07.2017:

---

**Sitzungsbeginn:** 16:00 Uhr  
**Sitzungsende:** 17:12 Uhr  
**Ort der Sitzung:** A 1.16  
**Datum der Einladung:** 21.06.2017  
**Einladungsnachtrag vom:** 29.06.2017

### Anwesende Mitglieder:

#### Vorsitzender

Herr Sebastian Schuster

#### Kreistagsabgeordnete CDU

Herr Oliver Baron  
Herr Jürgen Becker  
Frau Renate Becker-Steinhauer  
Herr Dr. Torsten Bieber  
Herr Norbert Chauvistré  
Herr Klaus Döhl  
Frau Brigitte Donie  
Herr Christoph Fiévet  
Herr Björn Franken  
Herr Franz Gasper  
Frau Katharina Gebauer  
Herr Dr. Josef Griese  
Herr Jörg Erich Haselier  
Frau Hildegard Helmes  
Herr Hans-Peter Höhner  
Herr Ivo Hurnik  
Frau Silke Josten-Schneider  
Herr Marcus Kitz  
Herr Oliver Krauß  
Frau Gabriele Kretschmer  
Herr Joachim Kühlwetter  
Frau Notburga Kunert  
Frau Sigrid Leitterstorf  
Herr Oliver Roth  
Herr Tim Salgert  
Herr Josef Schäferhoff  
Herr Raimund Schink  
Herr Matthias Schmitz  
Herr Christian Sieberg  
Herr Michael Solf  
Herr Helmut Weber

Kreistagsabgeordnete SPD

Herr Werner Albrecht  
Frau Bettina Bähr-Losse  
Frau Gisela Becker  
Herr Harald Eichner  
Frau Stefanie Göllner  
Herr Sebastian Hartmann  
Herr Volker Heinsch  
Frau Veronika Herchenbach-Herweg  
Frau Ute Krupp  
Herr Paul Lägel  
Frau Nicole Männig  
Frau Cornelia Mazur-Flöer  
Frau Joline Piel  
Herr Udo Scharnhorst  
Herr Björn Seelbach  
Frau Susanne Sicher  
Frau Ursula Studthoff  
Herr Dietmar Tandler  
Herr Achim Tüttenberg  
Herr Denis Waldästl

Kreistagsabgeordnete GRÜNE

Frau Michaela Balansky  
Frau Johanna Bienentreu  
Frau Alexandra Gauß  
Frau Edith Geske  
Herr Edgar Hauer  
Herr Burkhard Hoffmeister  
Frau Irmhild Schaffrin  
Herr Ingo Steiner  
Herr Wilhelm Windhuis

Kreistagsabgeordnete FDP

Herr Christoph Cáceres Ayllón  
Frau Renate Frohnhöfer  
Herr Dr. Friedrich-Wilhelm Kuhlmann  
Herr Dr. Karl-Heinz Lamberty

Kreistagsabgeordneter DIE LINKE

Herr Frank Kemper  
Herr Michael Lehmann  
Herr Michael Otter

Kreistagsabgeordnete AfD

Herr Norbert Klein  
Herr Ralf-Udo Rothe  
Herr Vladimir Skoda

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten  
Frau Anja Moersch

Kreistagsabgeordneter NPD  
Frau Ariane Christine Meise

Schrifführer  
Herr Dirk Kassel

**Entschuldigt fehlten:**

Kreistagsabgeordnete CDU:  
Herr Martin Schenkelberg  
Herr Michael Söllheim  
Herr Andreas Sonntag

Kreistagsabgeordnete SPD:  
Herr Folke große Deters

Kreistagsabgeordnete GRÜNE:  
Frau Gabi Deussen-Dopstadt

Kreistagsabgeordnete FDP:  
Frau Nicole Westig

Kreistagsabgeordnete FUW/Piraten  
Frau Maria Luise Streng

Kreistagsabgeordneter Volksabstimmung:  
Herr Dr. Ing. Helmut Fleck

**Unentschuldigt fehlten:**

---

**Vertreter/innen der Verwaltung:**

KD'in Heinze  
Ltd. KVD Jaeger  
Ltd. KVD'in Udelhoven  
Dezernent Schwarz  
Dezernent Wagner  
Kreiswirtschaftsförderer Dr. Tengler

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Ltd. KVetD von den Driesch  
KVD in Böker  
KVD Dahm  
KVD Hahlen  
KVR Feldschow  
KVR Freier  
VA Kohlhaas  
Gleichstellungsbeauftragte Lindemann

VA Ommerborn  
VA Rellecke

Frau Eschmann  
Vertreter der Presse

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

## Öffentlicher Teil

Allgemeine und Geschäftsordnungsangelegenheiten
---

Der Landrat eröffnete die 15. Sitzung des Kreistages und begrüßte die Anwesenden.

Anlässlich der letzten Sitzung des Kreistages vor der Sommerpause lud er die Kreistagsmitglieder herzlich zu Kaltgetränken und einem kleinen Imbiss im Foyer vor dem Sitzungssaal im Anschluss an die Sitzung ein.

Er gratulierte der Abg. Stefanie Göllner und der Abg. Edith Geske zu ihren „runden“ Geburtstagen. Darüber hinaus gratulierte er den neuen Landtagsabgeordneten Abg. Björn Franken, Abg. Oliver Krauß und Abg. Katharina Gebauer zum Einzug in das neue Landesparlament NRW.

Sodann nahm der Landrat Bezug auf die Einladung vom 21.06.2017, den Einladungsnachtrag vom 29.06.2017, die Tischvorlage 1 zu TOP 13.1 sowie auf die Tischvorlage 2 zu TOP 6.

Er stellte fest, dass die Einladung form- und fristgerecht erfolgt sei.

Der Landrat fragte, ob es weitere Wünsche zur Tagesordnung gebe.

Bezüglich der Tagesordnungspunkte 7 und 18 wies der Abg. Otter darauf hin, dass diese aus den Anträgen der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten resultierten. Zu Tagesordnungspunkt 7 „Katzenschutzverordnung“ habe man den Antrag am 20.08.2015 und zu Tagesordnungspunkt 18 zur Einführung einer Einwohnerfragestunde am 16.01.2016 gestellt.

Dezernent Schwarz sagte, der Tagesordnungspunkt 7 sei ebenfalls als Tagesordnungspunkt „Katzenschutzverordnung“ in den Fachausschüssen beraten worden.

Bezüglich des Antrages der Abg. Moersch schlug der Landrat vor, Tagesordnungspunkt 7 „Katzenschutzverordnung“ direkt nach Tagesordnungspunkt 1 zu beraten, um die Wartezeit der in der Sitzung anwesenden Tier- und Katzenschützer zu verkürzen.

Hierüber bestand Einvernehmen.

Weiter schlug der Landrat vor, Tagesordnungspunkt 5 von der Tagesordnung abzusetzen, da der Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.06.2017 „Einbau von Induktionsschleifen für Gehörlose in die Immobilien des Rhein-Sieg-Kreises“ in der Sitzung des Kreisausschusses am 03.07.2017 zur weiteren Beratung in den zuständigen Fachausschuss verwiesen worden sei.

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**B.-Nr.**  
**300/17**

**Tagesordnungspunkt 5 wird von der Tagesordnung abgesetzt.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Abst.-**

**Erg.:**

**Einstimmig.**

Weitere Wünsche zur Tagesordnung lagen nicht vor.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
1	Niederschrift über die 14. Sitzung des Kreistages am 04.04.2017	

Einwendungen lagen nicht vor. Die Niederschrift gilt somit als anerkannt.

Anmerkung des Schriftführers:

*Es folgte die vorgezogene Beratung zu Tagesordnungspunkt 7 „Katzenschutzverordnung“. Die Ausführungen hierzu sind unter Tagesordnungspunkt 7 aufgeführt.*

2	Umbesetzungen von Ausschüssen und Gremien	
2.1	Nachwahl eines Mitglieds des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**301/17**

**Der Kreistag wählt als Nachfolger für Herrn Bertram Welz**

**Herrn Maximilian Graf von Nesselrode**

**als neues Mitglied in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

2.2	Nachwahl eines stellvertretenden Mitglieds des Beirates bei der Unteren Naturschutzbehörde	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**302/17**

**Der Kreistag wählt als Nachfolger für Herrn Konrad Trinius**

**Herrn Björn Rulik**

**als neues stellvertretendes Mitglied in den Beirat der Unteren Naturschutzbehörde.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
2.3	Neubildung der Beiräte bei den Justizvollzugsanstalten Rheinbach und Siegburg hier: Benennung geeigneter Personen durch den Kreistag	

Der Landrat teilte mit, eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses am 03.07.2017 sei nicht erfolgt, da die Benennung der Personen noch nicht vollständig gewesen sei. Eine Nachmeldung seitens der Fraktion DIE GRÜNEN liege mittlerweile vor.

Nachfolgend verlas er die namentliche Benennung seitens der Fraktionen für den Beirat der JVA Rheinbach und schlug vor, diesen Beschlussvorschlag zuerst abstimmen zu lassen. Hierüber bestand Einvernehmen.

**B.-Nr.**  
**303/17**

**Der Kreistag benennt nachstehende Personen als Mitglieder für den Beirat bei der Justizvollzugsanstalt Rheinbach:**

**Beirat bei der JVA Rheinbach:**

Ifd. Nr.	Name, Vorname	Wohnort
1 (CDU)	Tondorf, Roswitha	53913 Swisttal
2 (CDU)	Helmes, Hildegard	53332 Bornheim
3 (CDU)	Schink, Raimund	53340 Meckenheim
4 (SPD)	Kerstholt, Karl-Heinz	53359 Rheinbach
5 (SPD)	Quadflieg, Donate	53359 Rheinbach
6 (Grüne)	Steiner, Ingo	53343 Wachtberg

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

Anschließend trug der Landrat die nachträglich erfolgte namentliche Benennung für den Beirat der JVA Siegburg vor und teilte mit, dass die Kreistagsfraktion DIE LINKE und die Gruppe im Kreistag FUW/Piraten eine Listenverbindung angekündigt hätten.

Abg. Otter sagte, die Kreistagsfraktion DIE LINKE wolle mit der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten eine gemeinsame Listenverbindung eingehen und benenne für die Besetzung des Beirates der JVA Siegburg den Abg. Michael Lehmann.

Abg. Steiner wies darauf hin, dass es sich lediglich um eine Benennung geeigneter Personen für den Beirat der JVA Siegburg handele. Er bezweifle, ob die Möglichkeit einer Listenverbindung zulässig sei.

Er beantrage die Beschlussfassung für die Benennung der Mitglieder im Beirat der JVA Siegburg zur nächsten Kreistagsitzung im September 2017 zu vertagen, bis Rechtssicherheit über die Zulässigkeit einer Listenverbindung bestehe.

Der Landrat sagte, die Verwaltung hätte aufgrund der Kürze der Zeit die juristische Prüfung über die Zulässigkeit einer Listenverbindung für die Benennung der Mitglieder des Beirates der JVA Siegburg nicht abschließen können. Für eine Besetzung eines Ausschusses des Kreistages halte er eine Listenverbindung für problematisch. In diesem Fall gehe es um einen Beirat.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Durch eine Vertagung habe die Verwaltung Zeit, diese Angelegenheit zu prüfen.

Abg. Otter signalisierte Einverständnis.

Sodann ließ der Landrat über den Antrag der Vertagung einer Beschlussfassung bezüglich der Benennung der Mitglieder im Beirat der JVA Siegburg abstimmen.

**B.-Nr.  
304/17**      **Der Kreistag stimmt dem Antrag des Abg. Steiner auf Vertagung zu.**

**Abst.-  
Erg.:**      **Einstimmig.**

2.4	Antrag der FDP-Kreistagsfraktion vom 14.06.2017: Umbesetzung von Ausschüssen und Gremien	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.  
305/17**      **Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzung im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus:**

**Der Sachkundige Bürger (SkB) Rudolf Wickel wird anstelle des SkB Rüdiger Gräf stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Wirtschaft und Tourismus.**

**Abst.-  
Erg.:**      **Einstimmig.**

2.5	Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 21.06.2017: Umbesetzung von Ausschüssen	
-----	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.  
306/17**      **Der Kreistag beschließt nachfolgende Umbesetzungen in folgenden Ausschüssen:**

**Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung:**

**Die Abg. Susanne Sicher wird anstelle des Abg. Denis Waldästl ordentliches Mitglied im Ausschuss für Schule und Bildungskordinierung.**

**Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft:**

**Der SkB Claus Müller wird anstelle der SkB Julia Gruneberg ordentliches Mitglied im Ausschuss für Umwelt, Klimaschutz und Landwirtschaft.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**Personalausschuss:**

Der **SkB Ömer Kirli** wird anstelle der **SkB Julia Gruneberg** ordentliches Mitglied im Personalausschuss

**Abst.-****Erg.:**

Einstimmig.

3	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU, GRÜNE, SPD und FDP vom 24.05.2017: Resolution zur Entwicklung der Voreifelbahn (S 23)	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung in der gemeinsamen Sitzung der Planungs- und Verkehrsausschüsse der Bundesstadt Bonn und des Rhein-Sieg-Kreises am 24.05.2017.

Der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 03.07.2017 der Beschlussempfehlung einstimmig zugestimmt. Er informierte, dass der Beschlussvorschlag entsprechend für die Beschlussfassung des Kreistages folgendermaßen formuliert werde:

**B.-Nr.**  
**307/17**

**Der Kreistag beschließt folgende Resolution:**

**Der Rhein-Sieg-Kreis begrüßt für die Stadt Bonn und den Rhein-Sieg-Kreis die positive Entwicklung der Voreifelbahn (S23).**

**Er fordert den NVR und die NRW-Landesregierung - auch im Hinblick auf den neuen im ÖPNVG NRW enthaltenen Sonderfördertatbestand "Elektrifizierung von Bahnstrecken" - auf, alles zu unternehmen, um eine frühestmögliche Elektrifizierung der Bahnstrecke Bonn Hbf - Euskirchen zu realisieren. Die geltende Rechtslage ist dabei ebenfalls zu berücksichtigen wie die aktuellen technischen Entwicklungen von Elektrofahrzeugen.**

**Darüber hinaus fordert er den NVR auf, Teilbeträge der dem NVR für die Bestellung von Betriebsleistungen zur Verfügung stehenden, zusätzlichen Regionalisierungsmittel für einen 30-Minuten-Takt sowohl abends als auch am Wochenende sowie für einen ausgeweiteten 15-Minuten-Takt Bonn - Rheinbach in den werktäglichen Hauptverkehrszeiten zu verwenden.**

**Abst.-****Erg.:**

Einstimmig, E. AfD.

4	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 28.05.2017: Sozialfond statt Motivationsmassagen	
---	--	--

Der Landrat sagte, der Kreisausschuss habe in seiner Sitzung am 03.07.2017 den Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Abg. Kemper bemerkte, man wolle nicht bestreiten, dass die in Rede stehenden Massagen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung aus gesundheitlicher Sicht sinnvoll seien. Jedoch sei beabsichtigt, den veranschlagten Betrag für 2016 im Haushalt in Höhe von 22.000 Euro für das Jahr 2017 auf 54.000 Euro zu erhöhen.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Man könne sich darauf verständigen, dass eine Erhöhung des Budgets lediglich mit einer Verdoppelung des Ansatzes verbunden werde, um 10.000 Euro zur Unterstützung der Tafeln zu nutzen.

Weiter sagte er, die Kommunen seien angehalten zu sparen und müssten auf Geheiß der Kommunalaufsicht des Kreises ihre freiwilligen Leistungen deutlich verringern. So musste seine Heimatkommune Ruppichteroth 500 Euro für die Unterstützung der Schuldnerberatung streichen.

Bezüglich des Vorwurfes des Ausspielens zweier betroffener Gruppen durch den Antrag seiner Fraktion und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten gab Abg. Kemper zu verstehen, dass dieses immer vorkomme, wenn man Prioritäten setze.

Er gehe davon aus, dass eine Kompromisslösung in dieser Angelegenheit möglich sei, um die eingesparten 10.000 Euro zur Finanzierung der Müllgebühren für die Tafeln zu nutzen. Massagen für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter seien trotz des Kompromisses weiterhin auf einem doppelt so hohen Niveau möglich.

Abg. Jürgen Becker wies darauf hin, eine Debatte über Haushaltsausgaben werde üblicherweise im Rahmen der Haushaltsberatungen geführt. Das Thema Betriebliches Gesundheitsmanagement für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Kreisverwaltung habe man zudem im Arbeitskreis Konsolidierung beraten. Hierbei sei man einstimmig, inklusive des Abg. Otter, zu der Auffassung gekommen, dieses Engagement für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beizubehalten. Das sei der Stand der gemeinschaftlichen Willensbildung zu diesem Punkt.

Darüber hinaus halte er die Attitüde, mit der diese Angelegenheit vorgetragen werde, insbesondere die Kommentierungen in den Zeitungen „Die Mitarbeiter hätten mit geleerten Därmen und vollen Mägen zur Arbeit zu erscheinen“ für sehr seltsam, zumal DIE LINKE, die historisch dem Arbeiterstaat entwachsen sei in dieser Form mit den Beschäftigten der Kreisverwaltung umgehe.

Abg. Krupp sagte, das Betriebliche Gesundheitsmanagement sei eine Pflichtaufgabe in der öffentlichen Verwaltung. Viele Bereiche seien bereits so weit, dass man in dieser Sache etwas für die Ressource „Mitarbeiter“ organisiere. Sie halte es für sinnvoll und wichtig, dass Arbeitgeber das Gesundheitsmanagement unterstützen.

Abg. Steiner ergänzte hierzu, das Gesundheitsmanagement bewirke einen geringeren Krankenstand bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und führe demnach letztendlich zu einer finanziellen Entlastung der Verwaltungen.

Bezüglich einer Entlastung der Tafeln wies er darauf hin, dass man einen entsprechenden Antrag zu den nächsten Haushaltsberatungen stellen solle. Im Zuge dieser Beratungen könne in den Arbeitskreisen mit den Sozialorganisationen dieses Thema erörtert werden.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor. Sodann ließ der Landrat über den Antrag abstimmen.

**B.-Nr.**  
**308/17**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**MB ./ LINKE, FUW/Piraten, 1 SPD, Abg. Meise, E. 1 GRÜNE.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

5	Antrag der Kreistagsfraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten vom 07.06.2017: Einbau von Induktionsschleifen für Gehörlose in die Immobilien des Rhein-Sieg-Kreises	
---	---	--

Der Tagesordnungspunkt wurde unter Allgemeine- und Geschäftsordnungsangelegenheiten von der Tagesordnung abgesetzt.

6	Antrag der Kreistagsfraktionen CDU und GRÜNE vom 20.06.2017: Erlassen der Untersuchungsgebühr für die Trichinenbeschau bei Frischlingen	
---	---	--

Der Landrat sagte, eine Beschlussfassung in der Sitzung des Kreisausschusses sei wegen notwendiger Ergänzungen seitens der Verwaltung nicht erfolgt und verwies auf die nachgereichte Tischvorlage 2 vom 05.07.2017 mit entsprechendem Beschlussvorschlag.

Abg. Tandler teilte mit, zu diesem Antrag gebe es in seiner Fraktion bezüglich der Durchführung und der Finanzierung noch Fragestellungen und fragte, warum die Gebührenbefreiung für die Trichinenuntersuchung auf drei Jahre und nicht zunächst auf ein Jahr festgesetzt worden sei, bevor eine Evaluation durchgeführt werde.

Dezernent Schwarz antwortete, außer dem Faktor Gebühr gebe es weitere Punkte, die Einfluss auf die Abschusszahlen haben könnten und wies auf natürliche Schwankungen durch Mastjahre hin, Für eine Beurteilung, ob der Wegfall der Gebühr die gewünschte Wirkung erziele, benötige man deshalb einen längeren Zeitraum.

Abg. Seelbach sagte, er interpretiere die Vorlage der Verwaltung zu den haushaltstechnischen Auswirkungen, handschriftlich Seite 3, folgendermaßen, dass die zu erwartenden zusätzlichen Abschüsse zu einem Mehrbedarf an Personal im Veterinäramt in Form einer halben Stelle führen, um die Beschauen durchzuführen. Hieraus resultieren Mehrkosten in Höhe von 30.000 Euro. Darüber hinaus seien Mindereinnahmen in Höhe von 18.500 Euro aufgeführt. Er sei der Ansicht, dass sich diese Posten ausschließen und bat um Erläuterung.

Dezernent Schwarz wies darauf hin, für das Jahr 2016 entstehe eine Gebührenmindereinnahme in Höhe von 18.500 Euro, wenn man die Untersuchung der Frischlinge nicht mehr mit einer Gebühr belege. Sollten nun der erhoffte Effekt eintreten, dass die Abschusszahlen steigen, würden mehr Proben für die Untersuchung eingereicht, was zu einem höheren Personalauswand führe. Dieser Aufwand sei schwer abzuschätzen. Aus diesem Grund habe man eine halbe Personalstelle mit 30.000 Euro veranschlagt.

Bezüglich des Zeitraumes der Gebührenbefreiung sagte der Abg. Hofmeister, ein Evaluationszeitraum von drei Jahren halte er für angemessen, da in einem kürzeren Zeitraum klimatische Besonderheiten das Ergebnis beeinflussen könnten.

Abg. Rothe sagte, nach seinem Kenntnisstand müsse der Jagdausübungsberechtigte bzw. -pächter Abschusspläne bei der Unteren Jagdbehörde einreichen. Sollten diese erfüllt werden, sehe er keinen Grund, weshalb der Wildbestand exorbitant ansteige. Darüber hinaus sei der Jagdpächter für die Wildschäden verantwortlich.

Er stelle sich die Frage, weshalb die Allgemeinheit die Kosten tragen solle.

Abg. Kemper führte aus, er wundere sich, dass eine Finanzierungsdebatte bezüglich der Gebühren erfolge, die - nach dem Zitat des Abg. Jürgen Becker - in die Haushaltsberatungen gehöre. Er stellte fest, dass mit zweierlei Maß gemessen werde.

Der Landrat verwies auf den freundschaftlichen und konstruktiven Umgang im Kreistag. Es gebe das Phänomen erheblicher durch Wildschweine verursachte Wald- und Flurschäden, die zum Zeitpunkt der Haushaltsberatungen nicht relevant gewesen seien. Würde man zum jetzigen Zeitpunkt diesem Problem nicht entgegen treten, werde ein großer volkswirtschaftlicher Schaden und sowie ein Schaden in der Natur verursacht. Aus diesem Grund sei dieses Thema Beratungsgegenstand in der heutigen Kreistagssitzung.

Abg. Tüttenberg erklärte, er halte die Erläuterungen des Dezernenten Schwarz bezüglich des Gebührenaufschlags für nachvollziehbar. Dennoch würde die vorgeschlagene Umsetzung des Beschlussvorschlages dem Rhein-Sieg-Kreis 48.500 Euro kosten. Eine Deckung innerhalb des Budgets sei darüber hinaus in der Vorlage der Verwaltung nicht vermerkt. So müsse er davon ausgehen, dass für die veranschlagten drei Jahre insgesamt ca. 140.000 Euro aus dem allgemeinen Kreisbudget für dieses Vorhaben zu entrichten seien.

Weiter sagte er, das Problem der Überpopulation von Wildschweinen und der daraus resultierenden Schäden in der Natur und bei Gartenbesitzern zeichne sich insbesondere in Bad Honnef und im Siebengebirge bereits seit einigen Jahren ab. Abschließend wies er darauf hin, dass man durch die Beschlussfassung Mindereinnahmen bzw. Mehrausgaben von über 140.000 Euro aus dem freiwilligen Bereich zustimmen würde.

Zur Aussage des Abg. Rothe, dass eine Zuständigkeit bei den Jagdausübungsberechtigten und den Jagdpächtern liege, erwiderte Abg. Haselier, bei Schwarzwild gebe es keinen Abschlussplan. In der Prognose gehe es um die Wildschweinbekämpfung. Er gab zu bedenken, dass am 28. Juni in Tschechien zwei Wildschweine auf afrikanische Schweinepest positiv getestet worden seien. Es könne sein, dass dieses Thema in naher Zukunft eine andere Dynamik bekomme. Insofern sei dem veranschlagten Zeitraum von drei Jahren nichts hinzuzufügen.

Abg. Otter sagte, sowohl aufgrund der vorherigen Diskussion zu Tagesordnungspunkt 4 als auch die Tatsache, wie zu diesem Thema eine Lösung aufgebaut worden sei, sehe seine Fraktion eine positive Beschlussfassung kritisch. Seine Fraktion gebe zu, dass Problem erkannt zu haben. Über eine bessere Lösung verfüge man jedoch nicht. Er machte darüber hinaus deutlich, dass man die Entscheidung bezüglich der Kosten in Höhe von 48.500 Euro für schwierig halte.

Abg. Dr. Bieber merkte bezüglich der in der Diskussion stehenden notwendigen zusätzlichen Stelle im Kreisveterinäramt an, er habe sich rückversichert, dass es zunächst keinen Stellenmehrbedarf gebe. Es werde Anfang des nächsten Jahres zunächst geprüft, ob der Wunsch, der mit diesem Antrag verbunden sei, die Abschusszahlen zu verstärken, erreicht werde. Vor diesem Hintergrund finde eine Personalbemessung statt, bei der ein Personalmehrbedarf geprüft werde.

Initiiert worden sei diese Angelegenheit aus Mitgliedern des Naturschutzbeirates. Die Biologische Station Eitorf habe auf massive Schäden der natürlichen Biotope hingewiesen, wodurch auch bedrohte Tierarten in Mitleidenschaft gerieten.

Weiterhin sagte Abg. Dr. Bieber, seitens der Antragstellerseite werde um Verständnis gebeten, dass aufgrund der Dringlichkeit keine Vorberatung im zuständigen Fachausschuss möglich gewesen sei. Man erachte diesen Antrag jedoch als sinnvoll und zielführend, zumal bis auf Nordrhein-Westfalen kein Bundesland eine Trichinengebühr per Landesgesetz erhebe, um die Seuchenbekämpfung zu forcieren.

Darüber hinaus wies er darauf hin, dass stark steigende Wildschweinbestände zum erneuten Ausbruch der Schweinepest mit massiven Folgen für die Landwirtschaft führen können. Im Rahmen der Seuchenprävention gebe es hierdurch eine gute Unterstützung.

Abg. Bähr-Losse sagte, es wäre vorteilhaft gewesen, wenn diese Informationen aus der Vorlage hätten entnommen werden können. So habe es nach einer Subvention für Jäger ausgesehen. Mit der heute nachträglich erfolgten Begründung ist eine andere Intention erkennbar.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

**B.-Nr.**  
**309/17**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Die Satzung des Rhein-Sieg-Kreises über die Erhebung von Gebühren für Amtshandlungen auf dem Gebiet des Fleischhygienerechts vom 01.05.2010 wird geändert.**

**In § 4 (Gebühr für die Trichinenuntersuchung) wird folgender Absatz 3 angefügt:**

**Für die Trichinenuntersuchung von Wildschweinen bis zu einem Schlachtgewicht von 20 kg, die im Rhein-Sieg-Kreis erlegt wurden, wird auf die Erhebung der Gebühr nach Abs. 2 bis zum 31.03.2020 verzichtet.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB ./ 1 AfD, E. 2 AfD, Abg. Meise.**

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 13.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

Abg. Hoffmeister sagte, die Katzenschutzverordnung sei ein Beispiel für eine gute Zusammenarbeit. Auch zu Beginn der Beratungen habe man bereits mit der Fraktion DIE LINKE und der Gruppe im Kreistag FUW/Piraten an einem Strick gezogen. Zudem dankte er dem Ausschussvorsitzenden Dr. Josef Griese für sein kollegiales Engagement, was zu einem schnellen und gemeinsamen Ergebnis in dieser Sache führte. Darüber hinaus dankte er dem Dezernenten Schwarz für die gute Unterstützung seitens der Verwaltung.

Weiter bemerkte Abg. Hoffmeister, die Entscheidung zu einer Katzenschutzverordnung sei eine Entscheidung im Sinne des Tierschutzes. Es betreffe zunächst die Hauskatzen, jedoch müsse der Katzenschutz weiterverfolgt werden.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Das man das Ergebnis in Form einer Katzenschutzverordnung in einem recht kurzen Zeitraum zum Abschluss gebracht habe, sei positiv hervorzuheben.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.**  
**310/17**

1. Der Kreistag beschließt die Verordnung zum Schutz freilebender Katzen im Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises.
2. Nach 2 Jahren erfolgt eine Evaluierung der Verordnung.

**Abst.-**  
**Erg.:**

Einstimmig.

8	Beitritt des Kreises Ahrweiler zum Zweckverband "Rheinische Entsorgungskooperation" (REK)	
---	---	--

Der Landrat verwies auf die Beschlussvorlage vom 13.06.2017, die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 sowie auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**311/17**

**Der Kreistag stimmt durch seine Vertreter in der REK-Verbandsversammlung dem Beitritt des Landkreises Ahrweiler zu. Die Satzung des Zweckverbandes wird entsprechend geändert.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

Einstimmig.

9	REGIONALE 2025 "Das Bergische Rheinland"	
---	--	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr in seiner Sitzung am 27.06.2017, die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**312/17**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

1. Für den Aufbau der Arbeits- und Organisationsstrukturen der REGIONALE 2025 „Das Bergische Rheinland“ sowie zur Finanzierung des Eigenanteils werden vom Rhein-Sieg-Kreis im Haushaltsjahr 2017 50.000 € und im Haushaltsjahr 2018 120.000 € zur Verfügung gestellt.  
Die Kämmerin wird gebeten, die Mittel im Ergebnishaushalt 2017 und 2018 außerplanmäßig im Amtsbudget 0.90 „Wirtschaftsförderung“ bereitzustellen.
2. Im Rahmen der Haushaltsplanungen für die Jahre 2019 bis 2026 sind ebenfalls 120.000 €/Jahr zu berücksichtigen.

**Abst.-**  
**Erg.:**

Einstimmig, 1 E AfD.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
10	Angebotsverbesserungen zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Planung und Verkehr in seiner Sitzung am 27.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

Er ergänzte, dass lediglich die Punkte 1, 3 und 4 des Beschlussvorschlages beschlossen werden sollen. Über Ziffer 2 werde zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

**B.-Nr.**  
**313/17**

**Der Kreistag beschließt die Umsetzung der nachfolgend unter den Punkten 1, 3 und 4 dargestellten Maßnahmen im Busnetz zum Fahrplanwechsel im Dezember 2017:**

**1) Linie 556 Siegburg – Lohmar – Rösrath**

Der Rheinisch-Bergische Kreis plant zum Fahrplanwechsel flächendeckende Taktverdichtungen auf wichtigen Buslinien in seinem Kreisgebiet. In Abstimmung mit der Verwaltung wurde die Linie 556 in das Konzept mit aufgenommen. Diese soll danach montags bis freitags bis ca. 20 Uhr durchgehend im 30'-Takt verkehren (derzeit 30'-Takt nur zeitweise). Dadurch entstehen verbesserte Verbindungen von Lohmar nach Siegburg und Köln (tagesüber Anschluss an alle Züge der RB25 am Bahnhof Rösrath). Zudem ergeben sich häufigere Fahrmöglichkeiten für den Schülerverkehr zwischen Lohmar und Rösrath in den Mittagsstunden. Dieser kann aufgrund stark ausdifferenzierter Schulzeiten am Schulstandort Lohmar mit dem bestehenden Stundentakt nicht bedarfsgerecht bedient werden. Die Maßnahme wird der starken Fahrgastnachfrage auf der Linie 556 gerecht. Sie entspricht langjährigen Forderungen der Stadt Lohmar sowie den Bedienungsvorgaben für das Primärnetz im Nahverkehrsplan des Rhein-Sieg-Kreises.

Auf dem Gebiet des Rhein-Sieg-Kreises entsteht eine Mehrleistung in Höhe von ca. 45.000 km/a. Die Umsetzung erfolgt vorbehaltlich gleichlautender Beschlussfassung im Rheinisch-Bergischen Kreis.

**3) Linie 577**

Auf der Linie 577 (Siegburg – Neunkirchen – Much) wurden bei Zählungen am Wochenende erhebliche Kapazitätsengpässe bis hin zu an der Haltestelle zurückgebliebenen Fahrgästen beobachtet. Dies ist umso bemerkenswerter, als dass die Linie am Wochenende nur im wenig attraktiven Zweistundentakt fährt und damit für wahlfreie Fahrgäste kaum relevant ist.

Das Angebot entspricht nicht den Bedienungsvorgaben für das Primärnetz im ländlichen Raum. Zudem konnte die im Nahverkehrsplan verankerte Taktergänzung mit der Linie 576 am Wochenende aus betrieblichen Gründen (unproduktive Standzeiten) bislang nur teilweise umgesetzt werden. Zu gewünschten Angebotsverbesserungen liegen Beschlüsse der Stadt Lohmar und der Gemeinde Neunkirchen-Seelscheid (s.o.) vor.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

Vor diesem Hintergrund empfiehlt die Verwaltung, die Linie 577 am Wochenende zwischen Siegburg, Heide, Birk und Neunkirchen auf einen nachfragegerechten 60'-Takt zu verdichten. Zu einem späteren Zeitpunkt könnte dieses Angebot auf die Gesamtstrecke bis Much ausgedehnt werden, was aufgrund bestehender Umlaufverknüpfungen jedoch nur bei gleichzeitiger Anpassung der Linie 575 (Much – Overath) sinnvoll ist. Durch die Maßnahme kommt es zu einer Mehrleistung in Höhe von ca. 32.000 km/a.

#### 4) Sonstiges

Neben den o.g. Projekten sind folgende weitere Optimierungen ohne relevante Veränderung des Betriebsaufwandes vorgesehen:

- a. Aufbau eines Taktknotens am Bahnhof Hennef zur vollen und halben Stunde (ggf. sukzessive Optimierung analog zum Taktknoten Oberpleis)
- b. Linie 510 Siegburg – Kaldauen – Hennef: spätere Bedienungszeit des samstäglichen 15-Minuten-Taktes passend zur Nachfrage (derzeit ca. 7 bis 15 Uhr, neu ca. 10 bis 18 Uhr)
- c. Linien 517/518/635 in Hangelar: Veränderung der kleinräumigen Fahrwege und Umstellung der Linie 518 auf TaxiBus-Betrieb
- d. Linien 560/562 Bad Honnef – Aegidienberg – Oberpleis/Asbach: bessere Vertaktung, Ersatz der zwei Fahrten der Linie 526 zwischen Aegidienberg und Ittenbach durch Fahrten der Linie 560 zwischen Aegidienberg und Oberpleis (Effekt: zusätzliche Anschlüsse in Oberpleis und besseres Fahrplanangebot ab Aegidienberg)
- e. Linie 566 (Stadtlinie Bad Honnef): Entfall des nachfrageseitig nicht erforderlichen 30'-Taktes in den frühen Morgenstunden samstags (d.h. tagesdurchgehend 60'-Takt)
- f. AST Ruppichteroth: Schließung der Bedienungslücke im Spätverkehr ab Hennef zwischen letzter Fahrt der Buslinie 531 (21.30 Uhr) und erster Fahrt des AST-Verkehrs (1.10 Uhr)
- g. Optimierung von schulrelevanten Fahrten auf diversen Linien (Kapazitäten, Streckenführung etc.)

Abst.-  
Erg.:

Einstimmig.

11	Änderung der Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der Offenen Ganztagschule der Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung und der Förderschulen für Sprache des Rhein-Sieg-Kreises	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Schule und Bildungskordinierung in seiner Sitzung am 20.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**B.-Nr.**  
**314/17**      **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

Die „Satzung über die Erhebung von Elternbeiträgen für die Teilnahme von Schülerinnen und Schülern an der Offenen Ganztagschule der Förderschulen für emotionale und soziale Entwicklung und der Förderschulen für Sprache des Rhein-Sieg-Kreises“ vom 01.08.2005 in seiner Fassung vom 01.08.2016 und die dazu gehörende Anlage werden wie im Anhang dargestellt geändert.

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

12	Gründung der Stadtwerke Bonn Bad GmbH	
----	---------------------------------------	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**315/17**      **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

1. Der Gründung der Stadtwerke Bonn Bad GmbH durch die Stadtwerke Bonn Beteiligungsgesellschaft mbH (SWBB) wird zugestimmt. Die Vertreter des Rhein-Sieg-Kreises in der Gesellschafterversammlung der Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg GmbH (BRS) werden ermächtigt, allen zur Umsetzung erforderlichen Beschlüssen zuzustimmen.
2. Soweit noch weitere Änderungen, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen keinen Nachteil für den Rhein-Sieg-Kreis oder die BRS Beteiligungsgesellschaft Bonn/Rhein-Sieg GmbH als Gesellschafterin der SWBB bedeuten.

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

13	5. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**316/17**      **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

1. die Bedarfsberechnung für die Tarifstellen der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises wird zur Kenntnis genommen
- und
2. die 5. Satzung zur Änderung der Allgemeinen Gebührensatzung des Rhein-Sieg-Kreises vom 21.10.2005 wird erlassen.

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
13.1	Neukalkulation der Rettungs- und Leitstellengebühren im Rhein-Sieg-Kreis, hier: Beschlussfassung der neuen Gebührensatzung	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Rettungswesen und Katastrophenschutz am 26.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

Auf Nachfrage des Abg. Skoda hinsichtlich des Ergebnisses bezüglich der Verhandlungen mit den Krankenkassen antwortete KVD Dahm, der Rhein-Sieg-Kreis habe über ein Jahr lang mit den Verbänden der Krankenkassen verhandelt. Als Ergebnis sei festzuhalten, dass lediglich bei der Position „Fehlfahrten“ bzw. „Leerfahrten“ keine Einigung erzielt werden konnte.

Die Verbände der Krankenkassen hätten in diesem Zusammenhang angeboten, eine „gegriffene“ Zahl sogenannter „Leerfahrten“ zu nehmen, um sich die Kosten zu teilen. Hierbei wären 50 % als gebührenrelevant anzuerkennen und 50% würden zu Lasten des Kreishaushaltes gehen. Der Kreis habe sich auf eine Erlasslage gestützt, nach der nicht sämtliche Leerfahrten in die Gebührenrechnung einbezogen werden können. Insbesondere Fahrten, bei denen eine Fehlfahrt durch eine Mitverantwortung des Trägers des Rettungsdienstes oder seiner Hilfskräfte im Rettungswagen ausgelöst worden seien, können hierbei nicht berücksichtigt werden.

Darüber hinaus habe man die Zahlen der Leerfahrten aus dem Jahre 2016 ausgewertet. Als Ergebnis sei festgestellt worden, dass der Anteil der Leerfahrten bei 2 % aller Rettungswageneinsätze liege. Der 2 %-ige Anteil könne durch den Kreishaushalt abgedeckt werden.

Dem gegenüber stehe das Angebot der Krankenkassen, bei einer „gegriffenen“ Größe von insgesamt 10 % an Leerfahrten 5 % der Leerfahrten anzuerkennen. Das bedeute, die restlichen 5 % der Leerfahrten müsse der Kreis abdecken.

Darüber hinaus bemerkte KVD Dahm, der Landkreistag NRW und das Ministerium hätten die rechtliche Einschätzung des Kreises in dieser Angelegenheit bestätigt. Parallel habe man den Verbänden der Krankenkassen den rechtlichen und tatsächlichen Standpunkt erläutert. Eine Antwort der Verbände liege jedoch noch nicht vor.

Die mit den unterschiedlichen Positionen verbundenen fiskalischen Auswirkungen bedeuteten eine Dimension von mehreren 100.000 Euro jährlich. Eine derartige Kostenverschiebung zu Lasten des Kreishaushaltes könne nicht akzeptiert werden.

Auf einer weiteren Nachfrage des Abg. Skoda hinsichtlich der Möglichkeit einer genaueren Kostenbezifferung antwortete KVD Dahm, der Rhein-Sieg-Kreis habe ca. 26.000 Rettungsfahrten, die über seine Gebührensatzung abgerechnet werden. 2 % davon dürften nach der rechtlichen Bewertung des Kreises nicht in die Gebührensatzung eingerechnet werden. Auf der Grundlage des derzeitigen Gebührensatzes entspreche dies einer Summe von 224.000 Euro jährlich. Der Sichtweise der Kostenträger zu folgen würde bedeuten, dass der Anteil des Kreises bei jährlich über 560.000 Euro läge.

Weitere Wortmeldungen lagen nicht vor.

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

**B.-Nr.**  
**317/17**      **Der Kreistag stimmt der als Anhang beigefügten Gebührenkalkulation (Anhang 1) zu und beschließt die neue Gebührensatzung für den Rettungsdienst des Rhein-Sieg-Kreises (Anhang 2).**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB ./ AfD.**

14	Änderung des Gesellschaftsvertrages der Regionalverkehr Köln GmbH (RVK)	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**318/17**      **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

1. Den **Änderungen des Gesellschaftsvertrages der RVK gem. Anhang** wird zugestimmt.
2. Soweit noch weitere nicht wesentliche Änderungen notwendig sind, insbesondere auch seitens der Kommunalaufsicht und/oder des zur Beurkundung beauftragten Notars erforderlich werden, wird diesen bereits jetzt zugestimmt, sofern die Änderungen keinen Nachteil für den Rhein-Sieg-Kreis oder die Kreisholding Rhein-Sieg GmbH bzw. die SSB GmbH als Gesellschafterinnen der RVK bedeuten.

**Abst.-**  
**Erg.:**      **Einstimmig, E. Abg. Meise.**

15	Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises als Träger der mit Wirkung zum 01. Januar 2017 in Kraft tretenden rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts mit der Bezeichnung „d-NRW AöR“	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.**  
**319/17**      **Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Kreistag beschließt den Beitritt des Rhein-Sieg-Kreises zur d-NRW AöR.**

**Abst.-**  
**Erg.:**      **MB ./ LINKE, FUW/Piraten.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
16	Entwurf für einen Neubau eines Jugendhilfezentrums (JHZ) und einer Erziehungs- und Familienberatungsstelle (EB) in Eitorf: Beschlussfassung über die weitere Vorgehensweise	

Der Landrat verwies auf die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Bau- und Vergabeausschusses in seiner Sitzung am 22.06.2017, die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Finanzausschusses in seiner Sitzung am 28.06.2017 und die mehrheitliche Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

Abg. Skoda sagte, seine Fraktion habe die Beschlussvorlage bereits bei der Beschlussfassung in den Fachausschüssen abgelehnt, da man nicht überzeugt sei, dass die Lage und die Ausstattung des Jugendhilfezentrums mit der notwendigen Sparsamkeit entworfen sei. Seine Fraktion werde dem Beschlussvorschlag nicht zustimmen.

Abg. Hoffmeister wies darauf hin, dass diese Thematik bereits im Bau- und Vergabeausschuss ausführlich diskutiert worden sei. Die Mehrbelastung resultiere aus der Lage des Geländes, auf dem das Jugendhilfezentrum errichtet werde. Die eingeplante Tiefgarage solle wegen ihrer Lage an einem Fluss, in Verbindung mit den immer häufiger vorkommenden Starkregenfällen und den damit ggf. drohenden Hochwasser in einer Trogbauweise gebaut werden, was ihn überzeugt habe. Weiter bemerkte er, dass es sich hierbei um eine Beauftragung zur weiteren Planung und Untersuchung handele.

Abg. Dr. Lamberty erklärte, seine Fraktion stehe positiv zum Neubau des JHZ, jedoch werde seine Fraktion sich wegen der hohen Kostenkalkulation bei der Abstimmung enthalten.

Abg. Scharnhorst bemerkte, aus der Empfehlung der Verwaltung gehe hervor, uneingeschränkt das Projekt zu verfolgen. Positiv sei zudem, dass dieses Projekt trotz der Mehrkosten in der Folge zu Einsparungen führen könne.

Sodann ließ der Landrat über den Beschlussvorschlag abstimmen.

**B.-Nr.**  
**320/17**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Der Kreistag beschließt die Fortsetzung der am 22.06.2017 im Bau- und Vergabeausschuss vorgestellten Entwurfsplanungen ohne Änderungen (Variante 5) zzgl. eines 10% Risikoaufschlags. Die Kämmerin wird gebeten, hierzu eine überplanmäßige Verpflichtungsermächtigung im Umfang der zusätzlich benötigten Haushaltsmittel (rund 1,3 Mio. €) zu genehmigen.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**MB J. AfD, Abg. Meise, E. FDP.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.
17	Neuorganisation Naturpark Siebengebirge hier: Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis	

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus in seiner Sitzung am 04.07.2017 und die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

Abg. Lägél sagte, man habe das Thema in der gestrigen Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft und Tourismus behandelt, bei der eine Frage ungeklärt sei. Einer Zeitungsnotiz Anfang Juni habe er entnehmen können, dass der Vorsitzende des VVS, Herr Lindlar, erklärt habe, dass Kosten in Höhe von 78.000 Euro nicht übernommen werden, da sie aufgrund der Felsicherung am Rhöndorfer Siegfriedfelsen entstanden seien. Es stelle sich die Frage, ob der Rhein-Sieg-Kreis das übernehmen werde oder ob es zu einer Aufteilung der Kosten komme.

VA Kohlhaas erklärte, diese Angelegenheit sei eine Prüfung zwischen der Bezirksregierung und dem VVS. Der Bau des Sicherheitszauns sei eine Sicherungsmaßnahme für einen Felssturz gewesen und habe nichts mit dem Naturpark Siebengebirge zu tun. Es habe hierzu eine Kostenaufteilung zwischen dem Land NRW über die Bezirksregierung, dem Rhein-Sieg-Kreis und den beiden beteiligten Kommunen gegeben, die den Bau des Zauns gemeinsam finanziert hätten. Für den VVS habe sich ein Defizit in Höhe von 78.000 Euro nichtförderfähiger Kosten ergeben.

Weiter wies sie auf die Kooperationsvereinbarung hin, aus der hervorgehe, dass der VVS die offenen Kosten zahlen müsse, da er auf seinem Gebiet für ca. 140.000 Euro bereits Maßnahmen durchgeführt habe. Die offenen Kosten in Höhe von 78.000 Euro seien demnach noch nicht abschließend geklärt.

Abg. Hoffmeister ergänzte, der Rhein-Sieg-Kreis habe sich mehrfach dazu geäußert, dass er die offenstehenden Kosten nicht übernehmen werde. Viele Bedenken hinsichtlich der Übernahme der Trägerschaft durch den Rhein-Sieg-Kreis seien in Vergangenheit ausgeräumt worden, um die heutige Beschlussfassung durchzuführen. Zudem sei viel Überzeugungsarbeit gegenüber dem VVS und den Gemeinden geleistet worden. Ohne das Engagement von Landrat Schuster wäre diese Neuorganisation in dieser kurzen Zeit nicht zustande gekommen.

Der Landrat sagte, er sei froh falls diese Kooperation zustande komme. Die Intention zur Übertragung der Trägerschaft sei durch den VVS erfolgt, um den Naturpark Siebengebirge in dieser Form zu erhalten. Abschließend teilte er mit, dass VA Kohlhaas künftig für den Rhein-Sieg-Kreis die Gremienarbeit bei der Trägerschaft des Naturparks bestreiten werde.

**B.-Nr.**  
**321/17**

**Der Kreistag fasst folgenden Beschluss:**

**Unter der Voraussetzung, dass das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen die Trägerschaft des Naturparks Siebengebirge im Laufe des Jahres 2017 auf den Rhein-Sieg-Kreis übertragen wird, erklärt sich der Rhein-Sieg-Kreis bereit, die Trägerschaft des Naturpark Siebengebirge zu übernehmen. Zur Umsetzung sollen die als Anlagen 1+ 2 beigefügten Kooperationsvereinbarungen unterzeichnet werden.**

**Abst.-**  
**Erg.:**

**Einstimmig.**

15. Sitzung des Kreistages am 06.07.2017		
TOP	Beratungsgegenstand	Vorlagen-/Antrags-Nr.

18	Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises	
----	---	--

Der Landrat verwies auf die einstimmige Beschlussempfehlung des Kreisausschusses in seiner Sitzung am 03.07.2017.

**B.-Nr.** **Der Kreistag beschließt die als Anlage beigefügte Änderung der Geschäftsordnung für den Kreistag des Rhein-Sieg-Kreises (Anlage 1).**  
**322/17**

**Abst.-**  
**Erg.:** **Einstimmig.**

18.1	Ausschreibung einer Dezernatsleitung	
------	--------------------------------------	--

Der Kreistag nahm die Vorlage zur Kenntnis. Wortmeldungen erfolgten nicht.

19	Bericht des Landrates gemäß § 4 des Gleichstellungsplanes; Berichtszeitraum: 01.01.2016 bis 31.12.2016	
----	---	--

Der Landrat verwies auf den mit der Einladung zur Kreistagssitzung übersandten Bericht zu diesem Tagesordnungspunkt und übergab das Wort der Gleichstellungsbeauftragten des Rhein-Sieg-Kreises Brigitta Lindemann.

Nach Berichtsende dankte der Landrat für die Ausführungen der Gleichstellungsbeauftragten.

Als Vorsitzende des zuständigen Ausschusses dankte Abg. Leitterstorf der Gleichstellungsbeauftragten und ihren Mitarbeiterinnen für den Bericht und die vielfältigen Aktivitäten auf dem Gebiet der Gleichstellung.

*Anmerkung des Schriftführers:*

*Der Bericht ist auch im Kreistagsinformationssystem in der Sitzung des Kreistages hinterlegt.*

20	Mitteilungen und Anfragen	
----	---------------------------	--

Wortmeldungen lagen nicht vor. Folglich schloss der Landrat den öffentlichen Teil der Sitzung.

**Ende des öffentlichen Teils**